

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	420
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	17.10.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Oediger, Frau Lahode, Herr Wallisch (alle ASW)		
Protokollführung:	Frau Mitschele / fr		
Betreff:	Transformation Innenstadt - Projekte AKUT und Lebenswerte Innenstadt - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Herr Dr. Oediger (ASW) stellt drei Leitfragen zur "Transformation Innenstadt" vor:

1. Wie kann erreicht werden, dass die kulturelle, soziale und kommerzielle Mitte der Stadt stark und lebendig bleibt?
2. Wie können neue und innovative Nutzungsmodelle für die Innenstadt unter der Bedingung hoher Grundstückswerte erreicht werden?
3. Wie kann man den Anforderungen des Klimawandels im Bereich der Mobilitätswende gerecht werden?

Begleitend zur Präsentation "6_Transformation Innenstadt - AKUT und Lebenswerte Innenstadt" erläutert Frau Lahode (ASW) in groben Zügen das strategische und vom Bund geförderte Beteiligungsprojekt AKUT. Der Schwerpunkt des Projektgebiets liege im Bereich des City-Rings und der umliegenden Bereiche. Das Projekt werde thematisch in drei Phasen unterteilt: In der Konzeptphase 1 sei eine Trendstudie, ein Transformationskonzept zur Innenstadt, erstellt worden. Die Fokusphase 2a beschäftige sich beispielhaft mit zwei Quartierswerkstätten in einer detailbezogenen Betrachtung von zwei Teilbereichen der Innenstadt. Man starte jetzt in die Experimentierphase 2b. Als Thema sei kürzlich über einen Änderungsantrag das Gelände Galeria Kaufhof neu hin-

zugekommen. Im Jahr 2024 käme man zur dritten Phase, der "Ausführungsphase". Ihre weiteren Ausführungen schildern die Darstellungen der Präsentation. Sie weist auf einen Fehler auf Blatt 16 (Galeria Kaufhof, Eberhardstraße/Steinstraße) der Präsentation hin, korrekt sei das Jahr 2024 und nicht 2025 für das VgV-Verfahren. Vom Bund konnten hierzu zusätzliche Gelder beantragt werden, die schon angekommen seien. Um Planungen ausarbeiten zu können, würden aktuell Möglichkeiten der Zwischennutzung bzw. Weiternutzung geprüft.

Der Sachstandsbericht von Herrn Wallisch (ASW) bezieht sich ebenfalls auf die vorgeführte Präsentation zur Lebenswerten Innenstadt. Die Gestaltung der Eberhardstraße hänge nun auch von der Entwicklung des Geländes Galeria Kaufhof ab. Die bereits abgeschlossene Gestaltung der Umgebung der Eichstraße gelte als die Zielvorstellung für die noch ausstehenden Bereiche der Innenstadt.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) bedankt sich für die kompakten Erläuterungen. Für die Gestaltung der Innenstadt sei es wichtig, wie die weitere Nutzung von Galeria Kaufhof sein solle. Im Frühjahr 2023 sei im Zusammenhang mit der Lebenswerten Innenstadt bereits angesprochen worden, die Situation an der Steinstraße provisorisch zu regeln. Er habe nach, wie die Planung hierfür aussehe, bis dieser Bereich im Zusammenhang mit Galeria Kaufhof final gestaltet würde. Hier müsse ein Schwerpunkt auf das Problem der illegalen Parkraumnutzung - auch häufig verursacht durch Hotelgäste - gelegt werden.

StR Kotz (CDU) dankt für den aktuellen Sachstandsbericht. Er staune regelmäßig über die unzähligen unübersichtlich anmutenden Förderprojekte des Bundes. In Anbetracht der gezeigten Darstellung müsse er sagen, er habe mehr Grünflächen erwartet, es wirke nicht sonderlich wohnlich auf ihn. Die Aufenthaltsqualität könne noch deutlich gehoben werden. Oberirdische Parkplätze sollten zurückgebaut werden, aber er vermisse die von der Verwaltung angekündigten Möglichkeiten von konkretem Parkraum für Handwerker und Lieferverkehr. Es müsse gesichert sein, dass wildes Parken auf diesen Bereichen verhindert werde. Er vermisse Vorschläge, wie dieser Parkraum zuverlässig und zweckgerichtet eventuell über digitale Parkraumbuchung genutzt werden könne. Es sei nicht gewollt, bisherige Parkplätze mit locker verteilten Blumenkübeln einfach zu blockieren.

Bei den ausschweifenden Treffen dieses Gremiums würden regelmäßig keine neuen, kreativen Ideen besprochen, bedauert StRin Schanbacher (SPD). Sie möchte den aktuellen Stand der Gestaltung so nicht stehen lassen, es solle endlich einmal intensiv darüber debattiert werden. Mit der bisherigen Herangehensweise könne keine Transformation der Innenstadt geschehen. Sie findet, Experimentieren benötige einen Fokus, aber leider kann die Stadträtin diesen nicht erkennen. Sie möchte wissen, ob bekannt sei, wer im näheren Umfeld was mache. Sie sehe wegen der bisherigen Schwammigkeit des Experimentierens die Gefahr, dass sich verschiedene, unter Umständen benachbarte, Projekte überschneiden und bemängelt, dieselbe Präsentation sei bereits im Frühjahr gezeigt worden. Damals hätte vor allem zum Teilaspekt Steinstraße Unzufriedenheit im Gremium geherrscht, weil alles so lang dauere. Es sei wenig Weiterentwicklung gegeben, obwohl es im Gebiet mehrere Projekte gebe. Sie bittet um Ausführungen, wie die Verzahnung der Projekte funktioniere und wie es zu neuen Projekten komme.

Es sei die Pflicht einer Stadt, sich zur Gestaltung der Zukunft über strategische Räume im Stadtgebiet Gedanken zu machen, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), deshalb befürwortet er die Experimentier Räume und begrüßt einen regelmäßigen Kontakt in diesem Format. Von Stadtentwicklungsprojekten könne viel Positives gewonnen werden. Seine Fraktion unterstütze das Vorgehen, er sichert deren Unterstützung zu. Die hohen Grundstückspreise des Innenstadtbereichs stellten eine große Herausforderung dar, es sei das Ziel, eine nicht vom Kapitalismus geprägte Innenstadt, dafür umso lebenswertere, sichere Innenstadt mittels sozialer und thematischer Nutzungsmischung zu gestalten. Es müsse die klassische Gebäudenutzung mit Handelsräumen im Erdgeschoss und darüber angesiedelten Büroräumen mit einer strategischen Bodenvorratspolitik überwunden werden. Er fordert mehr Nachdruck, um die Parksituation im Innenstadtbereich zu ändern, da es hier verfestigte Wohnheiten gebe. Noch sei das Ziel, Stuttgart zur Schwammstadt zu machen, unerreicht und es gebe viele Möglichkeiten für mehr Grün in der Stadt. Er regt an, noch Eingaben zum laufenden Haushalt zu machen, um ausreichend Planer zu haben, die es ermöglichen, die Rathauschleife im Zusammenhang mit einer Lebenswerten Innenstadt noch vor 2030 zu realisieren.

Auch StRin Köngeter (PULS) findet eine überkommene Aufteilung eines Gebäudes mit Handelsfläche im Erdgeschoss und darüber Büroflächen ungünstig, wirklich schlimm sei aber der Abriss der "Sportarena", wenn dabei sogar noch die vorherigen Handelsflächen durch reine Büroflächen ausgetauscht würden. Ein Kreislauf von Abriss und Bau, weil nicht sinnvoll und nachhaltig über die Stadtgestaltung nachgedacht würde, sei fatal. Sie wünscht sich einen Schwerpunkt des Themas "Wohnen", erforderlichenfalls müsse die Stadt Grundstücke für eine sinnvolle Nutzung erwerben. Sie regt an, Wohnen auch in Leerstand zu planen. Unklar sei ihr nach der Präsentation, ob auch die breite Öffentlichkeit etwa über Plakate aufgefordert gewesen sei, sich zu beteiligen, oder ob nur Geladene am Prozess beteiligt gewesen seien. Es sei schwierig, über Darstellungen zu diskutieren, da auf Bilder nie treffend dargestellt werden könne, wie eine künftige Gestaltung, hier eben bezüglich Schwammstadt, Begrünung und Parkraumreduzierung, einmal tatsächlich sein werde.

Alle hätten das Ziel, eine Attraktivitätssteigerung und Vernetzung der Gebiete in der Innenstadt zu erreichen, meint StR Serwani (FDP). Er sei mit der Herangehensweise, zu experimentieren und dann zu präsentieren, einverstanden. Der einvernehmliche Wunsch, die Aufenthaltsqualität der Königstraße zu verbessern, bestehe seit langem. Das Parkhaus von Galeria Kaufhof stelle nun eine neu hinzugekommene Herausforderung dar. Wohnraum sei wichtig, aber nicht jedes Gebiet tatsächlich als attraktives Wohngebiet geeignet. Ihm erscheine es schwierig, in der Sophienstraße, auch wenn es in den Obergeschossen einige Wohnungen gebe, allgemeine Wohnlichkeit und Aufenthaltsqualität im Außenbereich zu erreichen. Auch er erinnert sich, dass alle Fraktionen bezüglich der Maßnahmen an der Rathauschleife bereits im Frühjahr um ein schnelleres Vorankommen gebeten hätten, und sei dementsprechend über eine Beschleunigung froh. Unter der Prämisse der guten Erreichbarkeit von Parkhäusern für den allgemeinen Verkehr sei er mit dem Wegfall oberirdischer Parkplätze einverstanden.

Die Innenstadt sei einfach ein traditioneller Ort des Handels für Stadt und Region, so StR Schrade (FW), dennoch könnten auch Wandel und Veränderungen nicht gelehnet werden. Wichtig sei ihm, gegen das wilde Parken schwerpunktmäßig in der Rathausumgebung anzugehen. Den Straßenraum zu verkleinern, sei aber nicht mit den Tatsachen, dass Lkw-/Lieferverkehr einfach gewissen Raum brauchen, zu vereinbaren.

Auch er begrüße, wenn es mehr Grün in einer Lebenswerten Innenstadt gebe, dieses müsse aber einerseits mit Blick auf Machbarkeit und andererseits auf künftige Pflege auch haushalterisch geplant werden, damit vermülltes Grün nicht der Attraktivität entgegenstehe.

StR Dr. Mayer (AfD) bedankt sich für die Sachstandsmitteilung und bittet um Offenlegung, woher die erwähnten Trends bezogen und wie Stakeholder ausgewählt würden. Da es sich um einen bedeutenden Wandlungsprozess handle, der die Allgemeinheit betreffe, sei die demokratische Kontrolle erforderlich. Die Innenstadt müsse nicht nur lebenswert, sondern auch lebensfähig sein. Lebensfähig bedeute funktionsfähig. Funktionsfähigkeit sei grundlegende Bedingung der Innenstadtgestaltung, die Bedarfe der Funktionsfähigkeit müssten der Planung einer Lebenswerten Innenstadt zugrunde gelegt werden, es gelte der allgemeine Satz "Form follows function". Könnten Bereiche wie die Sophienstraße nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden, wäre dies nicht funktionsfähig, es würde außer Acht gelassen, was die Anwohner benötigten. Der Bedarf der Bürger müsse generell mehr beachtet werden.

Herr Dr. Oediger zeigt die beiden Seiten von Förderprojekten auf: diese hätten einen hohen Overheadaufwand, so auch bei AKUT, der Bund habe häufig großen inhaltlichen Abstand zum konkreten Projekt und daher keine sinnvolle zeitliche Vorstellung. Der Bund nenne ein Förderende, das nicht immer mit der sachlichen vernünftigen Abfolge einhergehe. Typischerweise eröffneten diese Projekte aber auch Perspektiven und Möglichkeiten, die es sonst nicht oder zumindest nicht in diesem Umfang gebe, so ein Fall sei das Reallabor. Der Bund finanziere kein Personal, sondern nur Sachbedarf, das Bestandspersonal würde somit mehr belastet, da die Aufgaben außerhalb des Projekts bestehen blieben. Hinsichtlich StRin Schanbachers Anmerkungen, es sei nicht gewollt, Vorgaben für den Experimentieransatz zu machen, führt er aus, der Experimentierraum solle als völlig freie Plattform, ein Möglichkeitsraum, verstanden werden. Natürlich würden aber die benachbarten Umstände und Entwicklungen im Blick behalten, damit keine gegenseitige Beeinträchtigung entstünde. Mit Bezug auf StR Rockenbauch erklärt er, alternative Nutzungsmodelle sollten nicht als Konkurrenz zur bisherigen klassischen Nutzung verstanden werden, vielmehr sei ein Miteinander der verschiedenen Nutzungskonzepte gewollt. In der klassischen Nutzung läge ein Beweis für wirtschaftliches Potenzial. Kommerzielle Nutzung müsse mit der sozialen und kulturellen Nutzung harmonisiert werden. Selbstverständlich sei Wohnen ein zentrales Thema, das allerdings nicht überall hinpasse, deshalb werde es regelmäßig immer wieder aufgegriffen. In der Anfangsphase habe es eine öffentliche Veranstaltung gegeben, zu der die breite Öffentlichkeit eingeladen war. Es gebe Vorarbeiten des Bundes hinsichtlich Trends und Trendcluster, diese würden auch für das Projekt AKUT genutzt. Es sei mit BM Pätzold abgestimmt worden, den Ausschuss wie bei der Stadtentwicklungsperspektive als Begleitgruppe in den werkstattähnlichen Prozess zum Projekt AKUT hinzuzunehmen. Er sagt zu, im ersten Halbjahr 2024 eine solche Werkstatt durchzuführen. So würde dem Gremium nicht nur ein fremdgefertigter Stand des Projekts präsentiert, sondern es könne ein gemeinsames Zwischenprodukt unter Einflussnahme des Ausschusses erarbeitet werden.

Herr Wallisch ruft im Zusammenhang mit der Lebenswerten Innenstadt in Erinnerung, vor zwei Jahren seien alle Straßen zusammen betrachtet worden. Es sei gemeinsam ein Konzept mit einer Einteilung in kurzfristig, mittelfristig und langfristig festgelegt worden. Dieses Konzept lasse Spielräume, Einzelnes nach vorn zu ziehen oder nach hinten zu schieben, beispielsweise bedingt durch private Bauprojekte wie Galeria Kaufhof;

provisorische Lösungen seien nicht ausgeschlossen. Für die Steinstraße und Breite Straße lägen Skizzen einer provisorischen Planung bereits vor. Grün in der Stadt sei immer ein großes Thema, Pflanzkübel ließen sich flexibel und leicht setzen. Die Umsetzung erfordere, dass ausreichend Haushaltsmittel zugeteilt würden, es müsste die Kapazität der Verwaltung für die Planung gegeben sein, und äußere Einflüsse durch private Baustellen wie Tagblattturm, Galeria Kaufhof und LBBW setzten Tatsachen, da eine Begrünung erst nach einer abgeschlossenen Baustelle Sinn mache. Er bestätigt auch die grundsätzliche, zeitliche Flexibilität, etwas vorzuziehen oder zu schieben. Die Nutzung der Parkplätze könne für verschiedene Gruppen wie Lieferverkehr, Handwerker oder Pflege gemeinsam über eine App ermöglicht werden, natürlich müsste die Nutzung weiterhin durch Verkehrsüberwachung kontrolliert werden.

Die Stadt und das Amt seien im Planungsprozess keine passiven Teilnehmer, meint StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Eine lebenswerte Innenstadt verlange mehr Aktivität. Die Stadt habe die Straßen- und Planungshoheit und müsse sich nicht nach privaten Bauvorhaben richten. Private Bauvorhaben geschähen nicht auf der Straße, sondern erst "hinter dem Gehweg". Es sei die wichtige Aufgabe der Stadt, für Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer auf der Straße zu sorgen, mehrere Kreuzungen gerade bei der Eberhardstraße seien gefährlich. Dies erfordere mindestens provisorische Lösungen. Er habe den Eindruck, dass es zuletzt immer mehr Autos rund um das Rathaus gebe, das vorhandene Parkhaus werde einfach nicht genutzt. Es brauche eine Lösung zur Änderung, sonst mache die Umgestaltung des Gebiets keinen Sinn. Engagiert trägt er vor, dass sich allein mit Verteilung von Strafzetteln die immer gleiche Art von Fahrer nicht vom Abstellen ihrer Fahrzeuge außerhalb der Parkbereiche abbringen ließe.

Er habe den Eindruck, so Herr Wallisch, das Ausmaß der Abhängigkeit von privaten Bauprojekten sei falsch verstanden worden. Er müsse dies relativieren: es gebe Baustellen, die die städtische Planung nicht betreffen, bei anderen gebe es dahingegen Umstände, die auf die Planung Einfluss hätten. Die provisorischen Regelungen seien nicht risikofrei, bedeuteten aber keine Unfallschwerpunkte. Die provisorische Regelung werde noch einmal auf Risikoanfälligkeit überprüft.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Mitschele / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. BVin Mitte
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand